



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 6. bis 9. Juni 2016

“Panama Papers”: Parlament stimmt über Untersuchungsausschuss ab

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu den “Panama-Papers”-Enthüllungen über Offshore-Unternehmen und deren geheim gehaltene Eigentümer ab.

5

“Juncker-Plan”: Debatte über bisherige Ergebnisse des 315-Mrd.-Investitionsplans

Mit dem sogenannten Juncker-Plan sollen bis 2017 europaweit öffentliche und private Investitionen von 315 Milliarden Euro angestoßen werden, um das Wachstum nach der weltweiten Finanzkrise wieder anzukurbeln. Die bisherigen Ergebnisse der Ende 2014 angekündigten EU-Investitionsinitiative stehen im Zentrum einer Debatte am Mittwoch.

6

Debatte über neuen Kommissionsplan zur Bekämpfung der Migrationsursachen

Am Dienstag stellt die EU-Kommission einen neuen Plan zur Bekämpfung der Ursachen der Migration vor und nimmt an der anschließenden Plenardebatte teil. Der „Migrationspakt“, den der erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans und die Kommissions-Vizepräsidentin und EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini vorbereitet haben, zielt darauf ab, mit EU-Mitteln private Investitionen in den Herkunftsländern der Migranten zu fördern, insbesondere in Afrika.

7

EU-Kommission soll endlich gegen Belastung durch hormonstörende Stoffe vorgehen

Das Parlament will am Mittwoch seine Forderung wiederholen, die EU-Kommission solle endlich wissenschaftliche Kriterien zur Definition „endokriner Disruptoren“ – hormonstörender Chemikalien – veröffentlichen. Ein solcher Kriterienkatalog ist seit 2013 überfällig und wäre ein erster Schritt, die Belastung durch solche Chemikalien zu verringern. Die Abgeordneten haben die EU wiederholt aufgefordert, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

8

Bekämpfung der Steuervermeidung: Parlament stimmt über Kommissionsvorschläge ab

Am Dienstag werden die Abgeordneten über einen Vorstoß der Kommission zur Bekämpfung der Steuervermeidung diskutieren und am Mittwoch dazu eine Entschließung verabschieden. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses haben die Initiative, mit der Schlupflöcher für die Vermeidung von Körperschaftssteuer

geschlossen werden sollen, begrüßt. Dennoch fordern sie eine strengere Zinsabzugsbeschränkung und einen effektiven Körperschaftsteuersatz für ausländische Einkünfte von 15 Prozent.

10

Freizügigkeit: Annahme öffentlicher Urkunden innerhalb der EU wird vereinfacht

Am Dienstag wird das Parlament erwartungsgemäß neuen Vorschriften zustimmen, um die Freizügigkeit von Bürgern innerhalb der EU zu fördern. So sollen Verfahren zum Nachweis der Echtheit bestimmter öffentlicher Urkunden in anderen EU-Staaten vereinfacht werden, wie zum Beispiel für Geburts- oder Heiratsurkunden. Die Verordnung führt mehrsprachige Formulare ein, um den Übersetzungsaufwand zu verringern.

12

Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken - mehr Fairness für Landwirte

Die EU-Kommission sollte Gesetzesvorschläge gegen unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette vorlegen. So steht es in einer nichtlegislativen Entschließung, die am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. So sollen faire und transparente Beziehungen zwischen Erzeugern, Lieferanten und Vertreibern von Lebensmitteln gewährleistet sowie sichergestellt werden, dass die Märkte reibungslos funktionieren.

13

Bulgariens Präsident Rossen Plewneliew hält Rede vor dem Plenum

Der Präsident der Republik Bulgarien Rossen Plewneliew wird sich Mittwochmittag mit einer Rede an das Plenum des Europäischen Parlaments wenden und darin unter anderen Themen erwartungsgemäß auch die aktuellen Herausforderungen der EU ansprechen.

15

Besserer EU-weiter Informationsaustausch zur Terror- und Verbrechensbekämpfung

In einer Debatte am Mittwochnachmittag werden die Abgeordneten Kommission und Rat dazu befragen, welche Anstrengungen unternommen werden, um den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und EU-Agenturen zu verbessern, und wie gewährleistet werden kann, dass die Informationssysteme interoperabel werden.

16

Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Eisenbahnzulieferindustrie

Am Donnerstag stimmt das Parlament über seine Empfehlungen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Eisenbahnzulieferindustrie ab. Diese produziert beispielsweise Schienen, Schienenfahrzeuge oder Signale. Während der Debatte, ebenfalls am Donnerstag, werden voraussichtlich auch die folgenden Themen angesprochen: Unfairer Wettbewerb aus Drittländern, eine bessere Beteiligung von KMU oder eine bessere Nutzung der Mittel aus EU-Forschungs- und Kohäsionsprogrammen.

17

Atomkraft: Sicherheit der Nuklearanlagen in Belarus

Angesichts der Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerks Ostrovets fordern die Abgeordneten die EU-Kommission dazu auf, zum

Stand der Risiko- und Sicherheitsbewertung des Kraftwerks eine Erklärung abzugeben. Die entsprechende Debatte findet Montagabend statt. 19

Afrika: Debatte über „Neue Allianz für Ernährungssicherheit und Ernährung“

Projekte der „Neuen Allianz für Ernährungssicherheit und Ernährung“ (NAFSN) müssen Umweltschutzmaßnahmen und Garantien zum Schutz vor Landnahme umfassen. So heißt es in einem Entschließungsentwurf, der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. Die NAFSN ist eine von der EU unterstützte G8-Initiative zur Förderung der Landwirtschaft und Linderung der Armut durch öffentlich-private Partnerschaften in den Ländern Afrikas südlich der Sahara. 20

Abstimmung über Abkommen mit 24 Ländern über Zollfreiheit für Hightech-Produkte

Am Mittwoch stimmt das Parlament über ein Abkommen der EU mit 24 Ländern ab, einschließlich Japan, China und den USA, das darauf abzielt, Zölle auf 201 verschiedene IT-Waren abzubauen. Zu diesen Artikeln gehören zum Beispiel Videospielkonsolen, medizinische bildgebende Geräte oder Touchscreens. Die EU hat die Vereinbarung bereits unterzeichnet, doch das Parlament muss zustimmen, bevor sie in Kraft treten kann. Die Debatte ist für Dienstag vorgesehen. 22

EU-Parlament an Japan: Stoppt den Walfang!

Die Abgeordneten wollen die EU-Kommission und den Rat der EU dazu drängen, die Entscheidung Japans zu verurteilen, den Walfang wiederaufzunehmen und während der Fangsaison 2015–2016 333 Zwergwale zu jagen und zu töten. Eine entsprechende Entschließung steht am Mittwoch zur Abstimmung. Der Internationale Gerichtshof (IGH) ordnete 2014 an, dass Japan die jährliche Abschachtung von Walen im Südlichen Ozean beendet. 24

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 26

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2016-06-06>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

[EPRS Plenar-podcasts](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

“Panama Papers”: Parlament stimmt über Untersuchungsausschuss ab

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu den “Panama-Papers”-Enthüllungen über Offshore-Unternehmen und deren geheim gehaltene Eigentümer ab.

Der Untersuchungsausschuss soll 65 Mitglieder haben und für die Prüfung von mutmaßlichen Verstößen gegen das Unionsrecht und Missständen bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung zuständig sein. Vor Ablauf eines Jahres muss der Ausschuss einen Abschlussbericht vorlegen.

Das Mandat für den Ausschuss wurde von der Konferenz der Präsidenten (EP-Präsident und Fraktionsvorsitzende) am 2. Juni gebilligt.

Abstimmung: Mittwoch, den 8. Juni

Verfahren: Art. 198 Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments

#PanamaPapers #TaxTransparency #Panamapapers #taxevasion #MoneyLaundering

Weitere Informationen

[Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments über Untersuchungsausschüsse](#)
[Vollständiger Text des Mandats \(auf Englisch\)](#)

“Juncker-Plan”: Debatte über bisherige Ergebnisse des 315-Mrd.-Investitionsplans

Mit dem sogenannten Juncker-Plan sollen bis 2017 europaweit öffentliche und private Investitionen von 315 Milliarden Euro angestoßen werden, um das Wachstum nach der weltweiten Finanzkrise wieder anzukurbeln. Die bisherigen Ergebnisse der Ende 2014 angekündigten EU-Investitionsinitiative stehen im Zentrum einer Debatte am Mittwoch.

Die Aussprache markiert die Zwischenbilanz des „Europäischen Fonds für strategische Investitionen“ (EFSI), der für Investitionen in Energie- und Verkehrsprojekte, ultraschnelle Breitbandnetze oder die Verbesserung der Schul- und Krankenhausinfrastruktur gesorgt hat.

Debatte: Mittwoch, den 8. Juni

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

#InvestEU #EFSI #investEU #Junckerplan

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Verabschiedung des EU-Investitionsplans \(24.06.2015\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: “Cornerstone of the Commission's Investment Plan – European Fund for Strategic Investments \(EFSI\)” \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Europäischer Fonds für strategische Investitionen \(EFSI\) – Organisation und Beitrag aus dem EU-Haushalt“](#)

[Webseite der EU-Kommission](#)

Debatte über neuen Kommissionsplan zur Bekämpfung der Migrationsursachen

Am Dienstag stellt die EU-Kommission einen neuen Plan zur Bekämpfung der Ursachen der Migration vor und nimmt an der anschließenden Plenardebatte teil. Der „Migrationspakt“, den der erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans und die Kommissions-Vizepräsidentin und EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini vorbereitet haben, zielt darauf ab, mit EU-Mitteln private Investitionen in den Herkunftsländern der Migranten zu fördern, insbesondere in Afrika.

Zudem soll die Rückführungspolitik wirksamer gestaltet werden, und zwar durch beschleunigte Verhandlungen über Rückübernahmeabkommen mit Schlüsseländern wie Pakistan und Afghanistan, zusätzlich zu den 17 Abkommen, die bereits bestehen.

Überarbeitung der "Blue Card"-Regelung für hochqualifizierte Migranten und Aktionsplan für Integration

In einer separaten Debatte am Dienstagnachmittag wollen die Abgeordneten zwei weitere Vorschläge der Kommission zum Thema Migration erörtern: eine Überarbeitung der "Blue Card"-Regelung für hochqualifizierte Migranten und ein neuer Aktionsplan für Integration.

Debatte: Dienstag, den 7. Juni

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

#migrationEU #EUFunds @TimmermansEU @FedericaMog

Weitere Informationen

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. April 2016 über die Lage im Mittelmeerraum und die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration](#)
[Mitteilung der Kommission: „Hin zu einer Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems und Ausbau der legalen Möglichkeiten der Einreise nach Europa“ \(6.04.2016, auf Englisch\)](#)
[EP-Hintergrundinformationen: “Research: Cohesion Policy support for migrants and refugees” \(6.05.2016, auf Englisch\)](#)
[Flüchtlinge: Wege zur Integration \(Europarl TV video, 31.05.2016\)](#)

EU-Kommission soll endlich gegen Belastung durch hormonstörende Stoffe vorgehen

Das Parlament will am Mittwoch seine Forderung wiederholen, die EU-Kommission solle endlich wissenschaftliche Kriterien zur Definition „endokriner Disruptoren“ – hormonstörender Chemikalien – veröffentlichen. Ein solcher Kriterienkatalog ist seit 2013 überfällig und wäre ein erster Schritt, die Belastung durch solche Chemikalien zu verringern. Die Abgeordneten haben die EU wiederholt aufgefordert, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Der Europäische Gerichtshof hat im Dezember 2015 geurteilt, dass die Kommission EU-Recht verletzt hat, weil sie unterlassen hat, wissenschaftliche Kriterien zur Definition solcher Stoffe zu veröffentlichen.

In einer [im März 2013 angenommenen Entschließung](#) haben die Abgeordneten von der EU-Kommission verlangt, für eine Verringerung der Exposition gegenüber hormonstörenden Stoffen zu sorgen. Endokrine Disruptoren kommen in alltäglichen Produkten wie Lebensmittelverpackungen oder Kosmetika vor und sind mit Fruchtbarkeitsstörungen und einer Reihe von Krankheiten in Verbindung gebracht worden.

Eine ganze Reihe von Chemikalien steht unter dem Verdacht, endokrinschädliche Eigenschaften aufzuweisen. Die Definition von Kriterien zur Identifizierung solcher Stoffe ist jedoch eine äußerst komplexe Aufgabe. Die Verzögerung bei der Aufstellung solcher Kriterien hat bei der Industrie wie bei den Verbrauchern heftige Reaktionen ausgelöst. Die EU-Kommission will nach eigenen Angaben noch vor dem Sommer 2016 einen Kriterienkatalog vorstellen.

Debatte: Mittwoch, den 25. Mai

Abstimmung: Mittwoch, den 8. Juni

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte (mit Entschließung)

#EndocrineDisruptors #Endocrine #disruptors

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Setting criteria on endocrine disruptors: Follow-up to the General Court judgment" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Proceedings of the Workshop on 'Endocrine Disruptors and Impact on Health'" \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Health threats from endocrine disruptors: A scientific and regulatory challenge" \(auf Englisch\)](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2013 zum Schutz der öffentlichen Gesundheit vor endokrinen Disruptoren](#)

Bekämpfung der Steuervermeidung: Parlament stimmt über Kommissionsvorschläge ab

Am Dienstag werden die Abgeordneten über einen Vorstoß der Kommission zur Bekämpfung der Steuervermeidung diskutieren und am Mittwoch dazu eine Entschließung verabschieden. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses haben die Initiative, mit der Schlupflöcher für die Vermeidung von Körperschaftssteuer geschlossen werden sollen, begrüßt. Dennoch fordern sie eine strengere Zinsabzugsbeschränkung und einen effektiven Körperschaftsteuersatz für ausländische Einkünfte von 15 Prozent.

Die vorgeschlagene Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung steht im Einklang mit dem [Aktionsplan der OECD zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung](#) sowie mit den Empfehlungen des Parlaments von November („TAXE 1 Bericht“) und [Dezember](#).

Sie gründet auf dem Prinzip, dass die Besteuerung am Ort der Gewinnerwirtschaftung und der Wertschöpfung stattfinden soll und umfasst verbindliche Maßnahmen zur Abschaffung von gängigen Methoden, die Unternehmen gerne zur Steuervermeidung nutzen. Die Richtlinie schlägt auch gemeinsame Definitionen für Begriffe wie „Betriebsstätte“, „Steueroasen“, „wirtschaftliche Mindestsubstanz“, „Verrechnungspreis“ und für andere Konzepte vor, die bisher flexibel interpretiert werden konnten.

Debatte: Dienstag, den 7. Juni

Abstimmung: Mittwoch, den 8. Juni

Verfahren: Konsultationsverfahren

#TaxTransparency #LuxLeaks #taxavoidance

Weitere Informationen

Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss (24.05.2016, auf Englisch): "Anti-tax avoidance: close tax gap with low-tax third countries, say MEPs"

Berichterstatter Hugues Bayet (S&D, BE)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

Steuerpolitik: Übersicht über Arbeit und Initiativen des EU-Parlaments

EP-Hintergrundinformationen: "Understanding the OECD tax plan to address 'base erosion and profit shifting'" (auf Englisch)

Video: Interview mit dem Berichterstatter Hugues Bayet: „Steuerflucht aufhalten – Parlament will Schlupflöcher schließen“

Freizügigkeit: Annahme öffentlicher Urkunden innerhalb der EU wird vereinfacht

Am Dienstag wird das Parlament erwartungsgemäß neuen Vorschriften zustimmen, um die Freizügigkeit von Bürgern innerhalb der EU zu fördern. So sollen Verfahren zum Nachweis der Echtheit bestimmter öffentlicher Urkunden in anderen EU-Staaten vereinfacht werden, wie zum Beispiel für Geburts- oder Heiratsurkunden. Die Verordnung führt mehrsprachige Formulare ein, um den Übersetzungsaufwand zu verringern.

Die Verordnung deckt Personenstandsurkunden und eine Reihe anderer Dokumente ab, die Bürger häufig benötigen und beispielsweise ihren Wohnsitz, ihre Staatsangehörigkeit und ihr Strafregister betreffen. Stimmt das Parlament zu, wird das neue Gesetz stufenweise umgesetzt und 2019 vollständig wirksam sein.

Debatte: Mittwoch, den 8. Juni

Abstimmung: Donnerstag, den 9. Juni

Pressekonferenz: Mittwoch, den 8. Juni um 14:30 Uhr mit der Berichterstatterin Mady Delvaux (S&D, LU) und der zuständigen EU-Kommissarin Věra Jourová

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen: "Easier acceptance of public documents" \(auf Englisch\)](#)

[Empfehlung für die zweite Lesung \(Förderung der Freizügigkeit von Bürgern durch die Vereinfachung der Anforderungen für die Vorlage bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der EU\)](#)

[Text des zwischen Rat und Parlament informell ausgehandelten Gesetzes](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(21.04.2016, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Mady Delvaux \(S&D, LU\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Interview mit Berichterstatterin Mady Delvaux: "Annahme öffentlicher Urkunden innerhalb der EU wird erleichtert"](#)

Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken - mehr Fairness für Landwirte

Die EU-Kommission sollte Gesetzesvorschläge gegen unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette vorlegen. So steht es in einer nichtlegislativen EntschlieÙung, die am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. So sollen faire und transparente Beziehungen zwischen Erzeugern, Lieferanten und Vertreibern von Lebensmitteln gewährleistet sowie sichergestellt werden, dass die Märkte reibungslos funktionieren.

Die Abgeordneten äußern sich besorgt über die Konsequenzen unlauterer Handelspraktiken wie Überproduktion und Verschwendung von Lebensmitteln.

Unlautere Handelspraktiken können schädliche Folgen für einzelne Akteure entlang der Lebensmittelversorgungskette, insbesondere für Landwirte und KMU, haben, was sich wiederum negativ auf die gesamte Wirtschaft in der EU und auf die Endverbraucher auswirken kann, da die Produktauswahl sowie ihr Zugang zu neuen und innovativen Erzeugnissen eingeschränkt wird, so die Abgeordneten in dem EntschlieÙungsentwurf.

Die Mitglieder des federführenden Binnenmarktausschusses weisen auf ein neues Wirtschaftsmodell hin, das in den vergangenen Jahren entstanden ist: Großmärkte, in denen der Zugang zu Verkaufsstellen einem starken Wettbewerb unter der Kontrolle der Supermärkte unterliegt, mit spezifischen Praktiken, zu denen auch der Transfer übermäßiger Risiken auf Lieferanten gehört.

Hinweis für Medienvertreter

Unlautere Handelspraktiken umfassen zum Beispiel verspätete Zahlungen, beschränkten Marktzugang, einseitige oder rückwirkende Änderungen von Vertragsbedingungen, die plötzliche und unbegründete Auflösung von Verträgen, die unlautere Übertragung des kommerziellen Risikos und die Abwälzung der Transport- und Lagerhaltungskosten auf die Lieferanten.

Es gibt bereits EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken in den Beziehungen zwischen Unternehmen und Verbrauchern (Richtlinie 2005/29/EG), aber keine EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung unlauterer Praktiken in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren entlang der Lebensmittelversorgungskette.

Debatte: Montag, den 6. Juni

Abstimmung: Dienstag, den 7. Juni

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

#UTPs #UnfairTradingPractices #FoodSupply #trade #foodsupply

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf zu unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(21.04.2016, auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Edward Czesak \(EKR, PL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Bulgariens Präsident Rossen Plewneliew hält Rede vor dem Plenum

Der Präsident der Republik Bulgarien Rossen Plewneliew wird sich Mittwochmittag mit einer Rede an das Plenum des Europäischen Parlaments wenden und darin unter anderen Themen erwartungsgemäß auch die aktuellen Herausforderungen der EU ansprechen.

Rossen Plewneliew ist der vierte demokratisch gewählte Präsident der Republik Bulgarien und der erste Präsident, der eine Rede vor dem Europäischen Parlament hält, seit das Land am 1. Januar 2007 der EU beigetreten ist.

Debatte: Mittwoch, den 8. Juni

Verfahren: Feierliche Sitzung

#Bulgaria

Weitere Informationen

[Website des Präsidenten der Republik Bulgarien](#)

Besserer EU-weiter Informationsaustausch zur Terror- und Verbrechensbekämpfung

In einer Debatte am Mittwochnachmittag werden die Abgeordneten Kommission und Rat dazu befragt, welche Anstrengungen unternommen werden, um den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und EU-Agenturen zu verbessern, und wie gewährleistet werden kann, dass die Informationssysteme interoperabel werden.

Die Ermittlungen im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen in Paris und Brüssel haben gezeigt, dass ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitglieder und EU-Agenturen wie Europol, Eurojust oder Frontex unabdingbar für die Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen sind.

Debatte: Mittwoch, den 8. Juni

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#EPonTerror @europol @frontex #eurojust

Weitere Informationen

[Mitteilung der Kommission: "Solidere und intelligentere Informationssysteme für das Grenzmanagement und mehr Sicherheit" \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Eisenbahnzulieferindustrie

Am Donnerstag stimmt das Parlament über seine Empfehlungen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Eisenbahnzulieferindustrie ab. Diese produziert beispielsweise Schienen, Schienenfahrzeuge oder Signale. Während der Debatte, ebenfalls am Donnerstag, werden voraussichtlich auch die folgenden Themen angesprochen: Unfairer Wettbewerb aus Drittländern, eine bessere Beteiligung von KMU oder eine bessere Nutzung der Mittel aus EU-Forschungs- und Kohäsionsprogrammen.

Die Kommission soll zu künftigen Maßnahmen zur Förderung des Wachstums, der Innovationsfähigkeit und der Nachhaltigkeit der Eisenbahnzulieferindustrie befragt werden.

In dem Entschließungsentwurf werden Empfehlungen zur Zukunft der Branche dargelegt, zur Entwicklung der Infrastruktur und zu Investitionen. Die Abgeordneten werden die Kommission voraussichtlich fragen, wie sie die Nachfrage nach Eisenbahnmaterial steigern will, um die Schaffung eines Absatzmarktes für die europäischen Eisenbahnzulieferer zu fördern und eine Verlagerung auf die Schiene zu erreichen, wie der Markt vor Dumping aus Drittländern geschützt werden soll, oder wann mit einer integrierten und kohärenten Strategie im Bereich der Industriepolitik zu rechnen sei.

Hintergrund für Medienvertreter:

Die europäische Eisenbahnzulieferindustrie beschäftigt 160.000 Arbeitnehmer in Europa; fast die Hälfte davon arbeitet für deutsche und französische Lokomotivenhersteller.

Debatte: Donnerstag, den 9. Juni

Abstimmung: Donnerstag, den 9. Juni

Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission (mit Entschließung)

#railway #steel #Junckerplan #4thRail

Weitere Informationen

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Studie der EU-Kommission: "Sector Overview and Competitiveness Survey of the Railway Supply Industry" \(auf Englisch\)](#)

Atomkraft: Sicherheit der Nuklearanlagen in Belarus

Angesichts der Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerks Ostrovets fordern die Abgeordneten die EU-Kommission dazu auf, zum Stand der Risiko- und Sicherheitsbewertung des Kraftwerks eine Erklärung abzugeben. Die entsprechende Debatte findet Montagabend statt.

Die Abgeordneten [wollen von der Kommission wissen](#), was sie unternommen hat, damit der Bau des Kernkraftwerks Ostrovets sowie sein späterer Betrieb die hohen Sicherheitsstandards erfüllt, die in der EU gelten, und welche besonderen Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt, damit die Risiko- und Sicherheitsbewertung des Kernkraftwerks, das 2018 in Betrieb genommen werden soll, zügig abgeschlossen wird.

Debatte: Montag, den 6. Juni

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte (ohne EntschlieÙung)

#Belarus #nuclear

Weitere Informationen

[Parlamentarische Anfrage zur Sicherheit der Nuklearanlagen in Belarus](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung: „Atomkraft – Parlament fordert dringende Verbesserung der Sicherheit nach ‚Stresstests‘“ \(14.03.2013\)](#)

[Webseite der EU-Kommission](#)

[Merkblatt „Kernenergie“](#)

Afrika: Debatte über „Neue Allianz für Ernährungssicherheit und Ernährung“

Projekte der „Neuen Allianz für Ernährungssicherheit und Ernährung“ (NAFSN) müssen Umweltschutzmaßnahmen und Garantien zum Schutz vor Landnahme umfassen. So heißt es in einem Entschließungsentwurf, der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. Die NAFSN ist eine von der EU unterstützte G8-Initiative zur Förderung der Landwirtschaft und Linderung der Armut durch öffentlich-private Partnerschaften in den Ländern Afrikas südlich der Sahara.

Auch Transparenz und Steuerung der NAFSN sollten verbessert werden, um besser entwicklungspolitischen Zielen zu entsprechen.

Hintergrundinformationen

Die Neue Allianz für Ernährungssicherheit und Ernährung in Afrika (NAFSN) wurde 2012 unter der Schirmherrschaft der G8 als umfassende öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) mit dem Ziel ins Leben gerufen, die privaten Investitionen in der Landwirtschaft zu ergänzen, damit die Ernährungssicherheit und die Ernährung in den Ländern Afrikas südlich der Sahara verbessert werden. Die zehn teilnehmenden afrikanischen Länder sollen im Gegenzug ihre Gesetzgebung über Grundeigentum, Saatgut und Auslandsinvestitionen anpassen. Die afrikanischen Länder südlich der Sahara bilden die Region mit der höchsten Ausbreitung von Hunger – ein Viertel der Bevölkerung ist unterernährt. Familienbetriebe und Kleinbauern erzeugen etwa 80 % der weltweiten Lebensmittel und schaffen über 60 % der Arbeitsplätze in der Region.

Debatte: Montag, den 6. Juni

Abstimmung: Dienstag, den 7. Juni

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#foodsecurity

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf über die „Neue Allianz für Ernährungssicherheit und Ernährung“](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(20.04.2016, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Maria Heubuch \(Grüne/EFA, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Öffentliche Anhörung zum Thema \(1. Dezember 2015, Informationen auf Englisch\)](#)

Abstimmung über Abkommen mit 24 Ländern über Zollfreiheit für Hightech-Produkte

Am Mittwoch stimmt das Parlament über ein Abkommen der EU mit 24 Ländern ab, einschließlich Japan, China und den USA, das darauf abzielt, Zölle auf 201 verschiedene IT-Waren abzubauen. Zu diesen Artikeln gehören zum Beispiel Videospielekonsolen, medizinische bildgebende Geräte oder Touchscreens. Die EU hat die Vereinbarung bereits unterzeichnet, doch das Parlament muss zustimmen, bevor sie in Kraft treten kann. Die Debatte ist für Dienstag vorgesehen.

Das Abkommen ist die Erweiterung des Übereinkommens über den Handel mit Waren der Informationstechnologie (ITA) von 1996/97. Es wurde von 25 WTO-Mitgliedern unterzeichnet, wobei die EU als ein Mitglied zählt. Zu den Unterzeichnern gehören Australien, Kanada, China, Japan, die USA und Südkorea.

Der Wert des Handels mit diesen 201 Waren beträgt jährlich über 1,3 Billionen US-Dollar und entspricht ungefähr 10% des gegenwärtigen Welthandels. Zu den durch dieses Übereinkommen erfassten Waren gehören Halbleiter der neuen Generation, GPS-Navigationssysteme, Werkzeugmaschinen zur Herstellung von Leiterplatten, Telekommunikationssatelliten und berührungsempfindliche Schirme. Bis zum 1. Juli 2016 werden etwa 65 % der Zolltarifpositionen vollständig beseitigt sein. Ab 2019 werden fast alle Einfuhren der jeweiligen Waren zollfrei sein.

Hinweis für Medienvertreter

Die EU gehört zu den führenden Herstellern von Technologieprodukten wie Spielkonsolen oder medizinische bildgebenden Geräte. Der Wert der EU-Ausfuhren von Waren, die durch die Ausweitung des ITA erfasst sind, beträgt 189 Milliarden Euro. Die EU-Kommission schätzt den voraussichtlichen Gewinn für EU-Exporteure auf 5 – 8,3 Milliarden Euro.

Debatte: Dienstag, den 7. Juni

Abstimmung: Mittwoch, den 8. Juni

Verfahren: Zustimmungsverfahren

#digitaltrade @WTO

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf über die Ausweitung des Handels mit Waren der Informationstechnologie \(ITA\)](#)

[Berichterstatterin Godelieve Quisthoudt-Rowohl \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EU-Parlament an Japan: Stoppt den Walfang!

Die Abgeordneten wollen die EU-Kommission und den Rat der EU dazu drängen, die Entscheidung Japans zu verurteilen, den Walfang wiederaufzunehmen und während der Fangsaison 2015–2016 333 Zwergwale zu jagen und zu töten. Eine entsprechende EntschlieÙung steht am Mittwoch zur Abstimmung. Der Internationale Gerichtshof (IGH) ordnete 2014 an, dass Japan die jährliche Abschachtung von Walen im Südlichen Ozean beendet.

Eine entsprechende Debatte findet am Dienstag statt, auf der Grundlage zweier parlamentarischer Anfragen an Rat und Kommission.

4.000 Wale in 12 Jahren

Im November 2015 teilte die japanische Fischereibehörde der internationalen Walfangkommission mit, dass sie den Walfang nach einem überarbeiteten Plan wiederaufnehmen werde. Dieser Zwölfjahresplan würde das Töten von 333 Zwergwalen während der Fangsaison 2015–2016 sowie von insgesamt fast 4.000 Walen während der gesamten zwölf Jahre erlauben.

“Nicht zu Forschungszwecken”

„Mit der Wiederaufnahme des Walfangs setzt sich Japan klar über das Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) hinweg, der in seinem Urteil vom 31. März 2014 anordnete, dass Japan die jährliche Abschachtung von Walen im Südlichen Ozean beendet. Der IGH war zu dem Schluss gekommen, dass der Walfang entgegen den Behauptungen Japans nicht zu Forschungszwecken dient“, so der Text der parlamentarischen Anfragen.

Debatte: Dienstag, den 7. Juni

Abstimmung: Mittwoch, den 8. Juni

Verfahren: Anfragen zur mündlichen Beantwortung an Rat und Kommission (mit EntschlieÙung)

#whaling #Japan

Weitere Informationen

[Anfragen zur mündlichen Beantwortung an den Rat](#)

[Anfragen zur mündlichen Beantwortung an die Kommission](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Fisheries in Japan \(2013\)" \(auf Englisch\)](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 2015 zu dem Bericht des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika über Folterungen durch die CIA - Anfragen zur mündlichen Beantwortung, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Angaben zu Verhandlungen über internationale Übereinkünfte - Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte Donnerstag
- Makrofinanzhilfe für Tunesien - Bericht: Marielle de Sarnez, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Lage in Venezuela - Entschließungsanträge, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Nominierung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Rimantas Šadžius - Bericht: Bart Staes, Abstimmung Dienstag
- Gemeinsame Aussprache - Europäische Raumfahrtspolitik, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Gemeinsame Aussprache – Philippinen und Rahmenabkommen EU/Philippinen über Partnerschaft und Zusammenarbeit (Zustimmung) - Empfehlung: Elmar Brok, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Gemeinsame Aussprache - Finanzinstrumente - Berichte: Markus Ferber, Debatte Dienstag, Abstimmungen Mittwoch
- Protokoll zur Unterbindung des unerlaubten Handels mit Tabakerzeugnissen zum Rahmenübereinkommen der WHO - Empfehlung: Adam Szejnfeld, Debatte und Abstimmung Dienstag
- Technisch innovative Lösungen für eine nachhaltige Landwirtschaft - Bericht: Anthea McIntyre; Verbesserung von Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung bei der künftigen Verwaltung europäischer landwirtschaftlicher Betriebe - Bericht: Jan Huitema, Debatte Montag, Abstimmungen Dienstag